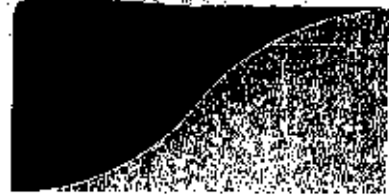


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 1204 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 68 848 ppon d



Inhalt

Hugo Brandt MdB, Vorsitzender des AK Inneres, Bildung und Sport der SPD-Bundestagsfraktion, plädiert für eine Auflösung des Sekretariats der Kultusministerkonferenz: Einmaliger Wasserkopf.

Seite 1
Hermann Scheer MdB fordert mehr Mut zur verantwortlichen Mitbestimmung der Koalitions-Abgeordneten: Der politische Exhibitionismus muß aufhören.

Seite 3
Peter Manning MdB stellt die Frage, warum die Delegationen in Genf acht Wochen Pause machen: Flexibilität erhalten.

Seite 5
Jakob Mierscheid MdB appelliert an die Bundesregierung: Eile geboten.

Seite 6
Dokumentation
Piet Dankert zum 25. Jahrestag der Römischen Verträge: Die Gemeinschaft ist zu wichtig, um nicht regiert zu werden.

Seite 8

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

37. Jahrgang / 63

1. April 1982

Einmaliger Wasserkopf

Das Sekretariat der Kultusministerkonferenz kann nicht länger hingenommen werden

Von Hugo Brandt MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Inneres, Bildung und Sport der SPD-Bundestagsfraktion

Fachministerkonferenzen sind eine nützliche Einrichtung zur notwendigen Koordinierung zwischen Bund und Ländern. Ich will hier und jetzt nicht darüber streiten, welche effektiv sind und welche effektiver sein könnten.

Eine besonders auffällige Fachministerkonferenz ist jedoch die Kultusministerkonferenz (KMK). Der bildungspolitische Hick-Hack in grundsätzlichen bildungspolitischen Fragen ist nicht notwendig. Es ist obendrein der Sache schädlich, auch nicht nützlich, wenn die CDU/CSU-Länder auf allen Ebenen versuchen, sozialliberale Politik zu boykottieren. Nur das steht jetzt nicht zur Rede. In Augenschein nehme ich das, was man hinlänglich als bürokratischen Aufwand bezeichnet, unabhängig vom sogenannten Out-put.

Da wird einerseits von notwendigen Einsparungen im Bildungsbereich gesprochen und andererseits ist gerade die Kultusministerkonferenz die einzige Fachkonferenz unter 14 insgesamt, die ein eigenes Sekretariat unterhält. Nicht ein



Büro. Hier geht es um einen Apparat, der im Jahre 1981 zum Beispiel für circa 190 Sekretariatsmitarbeiter einen Ausgabenetat von über 21 Millionen DM aufweist. Personalkosten 11,3 Millionen DM. Alle anderen Fachministerkonferenzen werden jeweils durch die Fachressorts der Länder (beziehungsweise eines Landes) oder des Bundes oder durch das Sekretariat des Bundesrates betreut.

Zweifellos: Hier muß es sich um einen Wasserkopf handeln, der nahezu unkontrolliert vor sich hin existiert. Und das schon seit 1959, wonach entsprechend eines Abkommens der Ministerpräsidenten das Land Berlin das KMK-Sekretariat in seinen Haushaltsplan aufgenommen hat. Die Länder haben sich verpflichtet, Berlin den rechnermäßigen Zuschußbetrag anteilig zu erstatten (zwei Drittel nach dem Verhältnis ihrer Steuereinnahmen und 50 Prozent nach Bevölkerungszahl).

Ich möchte nicht falsch verstanden werden: Die KMK ist zweifellos angesichts des Kulturföderalismus eine unverzichtbare Koordinierungsstelle. Nur: Bedarf es tatsächlich eines derartig bürokratischen Aufwandes zur Erledigung notwendiger Aufgaben? Warum könnten diese nicht ebenso von den Fachressorts von Bund und Ländern wahrgenommen werden?

Bei derartigen Nebenbürokratien ist es nicht verwunderlich, daß bis heute beispielsweise der Bericht der Bundesregierung vom Februar 1978 über die strukturellen Probleme des föderativen Bildungssystems keine Konsequenzen hatte. Obwohl die KMK im April 1978 in ihrer Stellungnahme zum Bericht ankündigte, die dargestellten Mängel zu beseitigen, ist bis heute, auch vier Jahre später, noch nichts zu bemerken.

Fazit:

Die Fraktionsvorsitzenden der SPD in Bund und in den Ländern haben sich mit diesem Thema auch befaßt. Dabei wurde deutlich, daß eine derartig parlamentarisch unkontrollierte Nebenbürokratie wie das Sekretariat der KMK nicht hingenommen werden kann.

(-/ 1.4.1982/va-he/ca)

+ + +



Der politische Exhibitionismus muß aufhören

**Die SPD/FDP-Koalition benötigt mehr Mut zur verantwortlichen
Mitbestimmung der Abgeordneten**

Von Hermann Scheer MdB

Damit die sozialliberale Koalition ihren Wählerauftrag zur Regierung erfolgreicher als in den letzten eineinhalb Jahren wahrnehmen kann, sind neben neuen politischen Initiativen auch neue Verfahren der gemeinsamen Entscheidungsfindung zwischen SPD und FDP sowie eine veränderte Strategie gegenüber dem Bundesrat notwendig. Die Zahl unzulänglicher Entscheidungen, mit denen schließlich keiner mehr zufrieden ist und von denen sich hernach alle Beteiligten distanzieren oder die kurz nach Beschlüßfassung zurückgenommen oder korrigiert werden müssen, hat in gefährlicher Weise zugenommen. Die Folge ist, daß die Koalition nicht nur unpopuläre Entscheidungen zu vertreten hat, sondern daß das Vertrauen in ihre politische Sachkompetenz - wie sich anhand von Umfragen zeigt - deutlich gesunken ist.

- o Inner wieder kam es vor, daß bei Koalitionsvereinbarungen Ergebnissa herauskamen, deren detaillierte Folgen von den Unterhändlern nicht genau abgeschätzt wurden. Abgeordnete von SPD wie auch von FDP in den jeweils zuständigen Ausschüssen haben dies oft nur mühsam berichtigen können oder mußten sich gelegentlich wider besseres Wissen an die Vereinbarungen der Koalitions spitzen halten. Es hat sich wiederholt gezeigt, daß die vergleichsweise kurze Zeit von Koalitionsverhandlungen die Beratungszeit in den Arbeitsgruppen der Fraktionen und Ausschüssen nicht ersetzen kann. Stattdessen wurde aber diese Arbeit zu häufig übergangen oder überflüssig gemacht. Hätte man den Koalitionsabgeordneten mehr Möglichkeiten zur gemeinsamen Entscheidungs- und Kompromißfindung übertragen, so wäre mancher Koalitionskrach entfallen und manche Kompromisse leichter zu finden gewesen sowie sachverständiger ausgefallen. Dies gilt insbesondere bei einer Reihe von Sparmaßnahmen im Arbeits- und Sozialbereich.
- o Zu sehr wurden öffentlich auch von Regierungsmitgliedern Vorschläge breitgetreten, von denen nur ein kleiner Teil tatsächlich spruchreif wurde. Vielfache Ankündigungseffekte rührten Unmut und Proteste in der Öffentlichkeit und in den Parteien auf, selbst wenn aus der Ankündigung nichts wurde. Dieser politische Exhibitionismus muß aufhören.



- o Noch schwerwiegender für die Koalition wurde es, wenn Gesetze der sozialliberalen Mehrheit des Bundestages in den Dreschflegel des Bundesrates und des Vermittlungsausschusses kamen. Was die Union mit ihrer Mehrheit hier durchsetzt, wird unvermeidlich dennoch der sozialliberalen Koalition angelastet. Das Entscheidungsverfahren und die tatsächlichen Verantwortlichkeiten sind nicht mehr angemessen zu verdeutlichen. Die Union hatte mehrfach Gelegenheit, uns ein Bein zu stellen und anschließend mit dem Finger auf uns zu zeigen.
- o Die CDU/CSU mißbraucht den Bundesrat inzwischen unverblümt als zweite parlamentarische Kammer, obwohl das Bundesverfassungsgericht schon vor Jahren klargestellt hat, daß dies nicht die verfassungspolitische Funktion des Bundesrates sein darf. Dieser Mißbrauch der Verfassung gilt inzwischen schon als normaler und legitimer Vorgang, der kaum noch als solcher beanstandet wird. Aus diesen Gründen ist es um der Regierungsfähigkeit der sozialliberalen Koalition willen notwendig:
 - eine politische Kampagne gegen den Versuch der CDU/CSU zu machen, im Bundesrat und im Vermittlungsausschuß die Verfassung zu beugen,
 - statt sich immer wieder erneut in die Daumenschraube des Vermittlungsausschusses zu begeben und sich dabei vorführen zu lassen, notfalls auf eine Anrufung des Vermittlungsausschusses zu verzichten. Gerade im Zusammenhang mit dem Beschäftigungsprogramm kann wahrscheinlich erst dieser Schritt die Verantwortungslosigkeit der CDU/CSU deutlich machen. Eine erneute Anrufung würde uns dagegen jetzt der Gefahr aussetzen, daß wiederum wir für die von der Union durchgesetzten Entscheidungen anschließend von der Union verhöhnt werden. Dieses perfide Spiel muß einmal sichtbar unterbrochen werden.
- o Es ist dringend zu empfehlen, die Kompromiß- und Entscheidungsfindung in der sozialliberalen Koalition mehr als bisher auf die Arbeitsgruppen- und Ausschußmitglieder der SPD- und der FDP-Bundestagsfraktion zu übertragen, statt alles von den Koalitionsspitzen her regeln zu wollen. Wenn man den Abgeordneten der Fraktionen die entsprechenden Vorgaben und die erforderliche Zeit gibt, können reibungsfreiere und sachverständigere Entscheidungen herauskommen. Die sozialliberale Koalition braucht mehr Mut zur verantwortlichen Mitbestimmung ihrer Parlamentarier. Dies würde der Regierung helfen und uns manche Koalitionsauseinandersetzungen ersparen können.

(-/1.4.1982/ks/ca)

+ + +



Flexibilität erhalten

Warum acht Wochen Osterpause in Genf?

Von Peter Männing MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im
Unterausschuß für Abrüstung und Rüstungskontrolle des Auswärtigen Ausschusses

Als die Delegationen der USA und der UdSSR in Genf am 30. November 1981 zusammenkamen, um über die Begrenzung und Verringerung der nuklearen Mittelstreckenwaffen zu verhandeln, einigten sie sich zunächst einmal über den technischen Ablauf der Gespräche. Sie beschlossen, analog dem früheren Verfahren bei den SALT-Verhandlungen ihre Aufgaben phasenweise in Verhandlungsrunden zu bewältigen und nicht in einer durchgängigen Konferenz.

Zwischen den einzelnen Runden sollten Pausen eingelegt werden, damit die vorgetragenen Argumente, die Daten und die Vertragsentwürfe jeweils zu Hause und innerhalb der Bündnisse eingehend überprüft werden konnten. Der Sinn dieses von beiden Seiten akzeptierten Verfahrens ist, die Flexibilität der Verhandlungsführung zu erhalten und Zeit zu gewinnen für die Ausarbeitung neuer Impulse.

Wie geplant begann die erste größere Überprüfungsphase am 16. März 1982. Sie wird zwei Monate in Anspruch nehmen. In dieser Zeit wird sich weiterhin ein amerikanischer Botschafter als Ansprechpartner für die Sowjetunion in Genf aufhalten.

Am Kern der Genfer Verhandlungssituation gehen sowohl Unterstellungen vorbei, daß die Verhandlungspartner mit dieser Unterbrechung lediglich den Münchner Parteitag abwarten wollen, als auch Befürchtungen, daß die bis Herbst 1983 für die Realisierung der Null-Lösung zur Verfügung stehende Zeit durch die jetzige Unterbrechung zusätzlich verknappt wird. Zutreffend ist vielmehr, daß beide Seiten differenzierte Ausgangspositionen vorgelegt haben, die nun erneut konzeptionell und verhandlungstaktisch durchdacht werden müssen.

Die Vereinigten Staaten sollten zudem die Pause dafür nutzen, ihren Vorschlag zur Fortsetzung des SALT-Prozesses auf den Tisch zu legen. Der SALT-Prozeß stellt den Rahmen dar, innerhalb dessen die verschiedenen Kategorien von Mittelstreckenwaffen erfaßt werden. Da die Trennungslinie zwischen Mittelstreckenwaffen und interkontinentalen Streitkräften nicht eindeutig ist und die USA und die UdSSR unterschiedliche Vorstellungen von den Zuordnungs- und Verrechnungsmodalitäten bei einzelnen Waffensystemen entwickelt haben, würde eine Fortsetzung der SALT- beziehungsweise START-Verhandlungen eine Einfügung über die Mittelstreckenproblematik mit Sicherheit erleichtern.

Für beide Seiten kommt es nun darauf an, die zweimonatige Pause mit konstruktiven Vorschlägen zu füllen.

(-/1.4.1982/bg/ca)

+ + +



Eile geboten

Kritische Fragen an die Bundesregierung

Von Jakob Mierscheid MdB

Mitglied im Bundestagsausschuß für Rationalisierung und technisches Know-how

Noch immer liegt ein wichtiges Reformvorhaben auf Eis, obwohl die fachlichen Vorarbeiten bereits Ende letzten Jahres abgeschlossen wurden und keine ernsthaften Widerstände in der Öffentlichkeit mehr zu erwarten sind.

Die Betroffenen warten und haben ein Recht auf Klarheit!

Warum also zeigt die Bundesregierung so wenig Energie?

Dabei wird sie von der überfälligen Reform selbst profitieren: Es handelt sich um den Entwurf für die neue DIN-Norm 10 289, die die geltende Norm gleicher Bezeichnung aus den schwarzen Zeiten absoluter CDU-Herrschaft, aus dem Jahre 1960 ersetzen soll.

Es ist Eile geboten, da mit der neuen Norm wesentliche Investitionshemmnisse für die chemische Industrie beseitigt werden: Griffe sollen auch aus Kunststoff gefertigt werden können, und es ist nicht mehr zwingend, daß Klinge und Schaft aus einem Stück bestehen (wir haben halt jetzt eine Koalitionsregierung).

Eine wesentliche Vereinfachung wird auch dadurch eintreten, daß zwei der bisher zugelassenen Größen wegfallen.

Eine flankierende Hilfe für die Stahlindustrie: nicht-rostender, härtpbarer Stahl (zum Beispiel Stahl mit der Werkstoffnummer 1.4034 nach DIN 17 440) wird vorgeschrieben.

Es gibt allerdings auch eine unvermeidbare Konzession an Bayern: "Weil die beabsichtigte Norm von der vorliegenden Fassung abweichen kann, ist die Anwendung dieses Entwurfes besonders zu vereinbaren."

Die Einspruchsfrist gegen die neue Norm läuft am 30. April 1982 ab.

Es ist zu hoffen, daß sie dann umgehend in Kraft gesetzt wird.

Die Bundesregierung ist im Interesse der Verbesserung des Investitionsklimas gefordert.

Denn es steht bereits in der Erläuterung des Entwurfes der DIN-Norm 10 289 über Käsebohrer:

"Finden bei den Käseprüfungen nur solche Bohrer Verwendung, so wird dies dazu beitragen, die Sicherheit in der Beurteilung der Käse zu erhöhen."

Und Käse gibt es in diesem, unserem Lande nun wirklich genug zu prüfen.

Anlage



Anlage

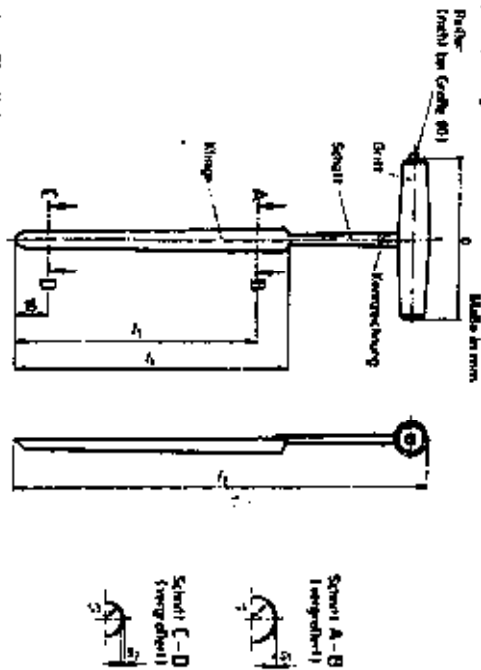
DK 63 ... 1977 07 DEUTSCHE NORM Entwurf Dezember 1980

Abdrucktechnische Lieferbedingungen für Käsebohrer DIN 10 289

Apparatur für die analytische Chemie ... Einrichte bis 30. April 1982 ... Vorzugeben als Ersatz für Ausgabe 02.80 auf der letzten Seite beachten!

1 Anwendungszweck Diese Norm legt ... Anwendungszweck ... auf der letzten Seite beachten!

2 Maße, Bezeichnung



Aus den angegebenen Einzelmaßen sind zweckdienlich zu wählen. Bezeichnung eines Käsebohrers Größe 5: Käsebohrer DIN 10 289 - 5

Allgemeinbezeichnungen DIN 7169 - m

Table with 5 columns: Größe, a, b, c, d, e. Rows 1-5. Includes '1) Siegring aus Guss-Stahl' and 'Vormontage für'.

Normenbezeichnung, Teilgenosse und landwirtschaftliche Produkte (NLA) im DIN Deutsches Institut für Normung e. V. Fortsetzung Seite 2

Entwurf DIN 10 289 Dez 1980 (Früher: G 7411, 1977)

Serie 2 Entwurf DIN 10 289

3 Werkstoff

Klinge, Schaft und Griff ... DIN 17 5401 ... Griff: Hierin eher gleichwertiger Kunststoff (nicht Nylon des Herstellers)

4 Ausführung

Klinge und Schaft gehärtet, allenfalls laserbehandelt, Schneidrand scharf gestülpt, Oberflächenglattschleifpoliert

5 Lieferart

Zum Schaft der Klinge kann der Käsebohrer in einem passenden Behälter (z. B. Stahl mit der Werkstoffnummer 1A03A nach DIN 17 5401) verpackt geliefert werden.

6 Kennzeichnung

Auf der Innenseite des Schaftes in die Größe dauerhaft anzubringen (Verfahren nach Wahl des Herstellers)

Zitierte Normen

DIN 7169 Teil 1 Allgemeinbezeichnungen; Längen- und Wälzlängmaße DIN 17 490 Nichtrotende Stähle; Gießwerkstoffe

Änderungen

Gegenüber der Ausgabe Januar 1980 geändert: a) Maße der Käsebohrer Größe 1 geändert; b) Bei der Ausführung wurden die Käsebohrer Größe 0 und Größe 3 gestrichen.

Fehlertellungen

Bei den Überwachungsstellen, Meldeverfahrenstellen, Inspektoren, Feigungs- und Lagerangestellten werden Käsebohrer zum Entern von Produkten für die Prüfung der verschiedenen Käse benutzt.

Anforderungen

Die Normung des Käsebohrers verfolgt zwei Zwecke, das ist die Erhaltung der noch genutzten Bohrer hergestellt, finden bei den Käsebohrern nur solche Bohrer Verwendung, so wird dies durch beitragen, die Sicherheit in der Beurteilung der Käse zu erhöhen.

Anforderungen an Prüfmittel

Dieser Norm Entwurf wird der Öffentlichkeit zur Prüfung und Stellungnahme vorgelegt. Wird die beabsichtigte Norm von den vorliegenden Fassung abweichen kann, ist die Anwendung dieses Entwurfs besonders zu vermeiden.

Stellungnahmen

Stellungnahmen werden erbeten an den Normenausschuss Lebensmittel und landwirtschaftliche Produkte (NLA) im DIN Deutsches Institut für Normung e. V., Burgstrasse 6-10, 1000 Berlin 30.

Dokumentation

Anlässlich des 25. Jahrestages der Unterzeichnung der Römischen Verträge hat der Präsident des Europäischen Parlaments, Piet Dankert, am 29. März folgende Ansprache gehalten:

Die Gemeinschaft ist zu wichtig, um nicht regiert zu werden

Die Tatsache, daß der 25. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge am Vormittag in einem Treffen des in den Verträgen gar nicht vorgesehenen, jetzt aber allerhöchsten Organs der Gemeinschaft, dem Europäischen Rat, gewürdigt wird, ist eine der paradoxen Erscheinungen in der europäischen Zusammenarbeit. Daß in diesem Europäischen Rat über die Frage eines vorübergehenden oder ständigen Eingriffs in die Verträge beraten wird, ist eine weitere dieser paradoxen Erscheinungen.

Wir haben jedoch allen Grund, dieses Silberjubiläum in aller Nüchternheit zu begehen. Neben all dem, was in den vergangenen 25 Jahren nicht erreicht werden konnte, stehen die zahlreichen Errungenschaften dieser letzten 25 Jahre. Außerdem ist ein solcher Jahrestag stets eine gute Gelegenheit, sich noch einmal zu überlegen, weshalb die Entwicklung so verlaufen ist und wie dies alles möglich war, eine gute Gelegenheit, um zu versuchen, die Perspektive von damals zurückzugewinnen und zu prüfen, ob sie auch die Perspektive für heute sein kann. Wenn man in die Jahre der Vernunft kommt - und nach Lebensalter hat die EWG dieses Stadium erreicht - dann kann man sich auch damit befassen, wie wir jetzt konkret weitermachen sollten.

Das "nichts als der Vertrag", was im Wahlkampf zu den ersten direkten Wahlen zum Europäischen Parlament wieder anklang, kann nicht die Antwort sein, weil ein Vertrag aus dem Jahre 1957 die Orientierungen für den Aufbau des europäischen Zusammenlebens bis zum Jahre 2000 unmöglich beinhalten kann. Das ist auch deshalb nicht möglich, weil sich gezeigt hat, daß das Europa der Sechs bereits nicht in der Lage war, die Texte aus dem Jahre 1957 in Politik umzusetzen, und das Europa der Zehn dazu noch weniger in der Lage ist, nicht nur weil es größer geworden ist, sondern auch, weil es anders geworden ist. Die juristische Wirklichkeit der Verträge und die politische Wirklichkeit im Europa der Zehn müssen stärker aufeinander abgestimmt werden und zwar in einer Weise, daß die weitere Entwicklung der europäischen Integration und die demokratische Kontrolle besser gewährleistet sind.

Nur dann können diese Verträge der Ausgangspunkt für eine gemeinsame Inangriffnahme aller Probleme darstellen, die wir gemeinsam lösen müssen, um sowohl nach außen hin als auch im Hinblick auf unsere Bürger als Europäische Gemeinschaft glaubwürdig zu bleiben. Oder muß ich sagen: glaubwürdiger werden?

Die Verträge des Kapitols waren mehr als brauchbare Instrumente, um die französisch-deutsche Konfrontation, die in drei Kriegen zum Ausbruch kam, zu überwinden. Sie haben auch die Europäer aus den anderen Mitgliedstaaten einander sehr viel näher gebracht. Sie haben eine interne westeuropäische Sicherheit geschaffen, ohne daß es dazu der Verteidigungshaushalte bedürfte. Die Aufgabe, die die Jahre 1914-1918 und 1940-1945 gestellt haben, wurde gelöst, die Vergangenheit ist bewältigt. Deshalb stellt sich 1982 die Frage, inwieweit die auch unter Mithilfe der Gemeinschaft bewältigte Vergangenheit für die Generationen nach 1945, die Mehrheit in unserer Bevölkerung, noch ein Antrieb zur Zusammenarbeit sein kann, die für sie kein anzustrebendes Ziel, sondern Realität ist. Die Konflikte heißen nicht mehr Frankreich-Deutschland, sondern Ost-West oder Nord-Süd, und gerade auf diesen Gebieten sind es eher die nationalen Regierungen als die Gemeinschaft, die die politische Richtung festlegen oder diesen Eindruck erwecken. Und so kommen die Fragen, die wir 1954 nicht lösen konnten und die wir 1957 mit einem überwiegend wirtschaftlich ausgerichteten Vertrag umgingen, im Jahr 1982 über einen Umweg wieder zu uns zurück, selbstverständlich in einer dieser Zeit angepaßten Problemstellung. Die politische Motivation und die Perspektive machen als Kernbegriffe den Erfolg von 1957 erklärlich. Die Verträge sehen 1982 kaum anders aus als vor 25 Jahren, zumindest auf dem Papier. Ohne die politische Motivation der Europäer, ohne Zukunftsperspektive können sie aber nicht viel mehr als Papier sein.

Wichtig ist die politische Tragfläche, aber auch die Entscheidungsbildung. Das institutionelle System von 1957 war logisch und kohärent angesichts der Aufgaben, die der EWG

anvertraut wurden. Heute, wo neue Aufgaben in Angriff genommen worden sind, wie die Europäische Politische Zusammenarbeit, die sich außerhalb des Vertragssystems bewegt, und wo die Arbeit der Ministerräte so ungeheuer zugenommen hat, kann weder von System noch von Kohärenz mehr die Rede sein. Das System hat sich selbst blockiert, so daß es schwieriger geworden ist, bei der Fortentwicklung der Gemeinschaft der objektiven Notwendigkeit zu solcher Entwicklung gerecht zu werden. So stehen wir vor dem erneuten Widerspruch, daß der Auftrag vom 30. Mai 1980 an die Kommission, die Gemeinschaftspolitik und den Gemeinschaftshaushalt so umzustrukturieren, daß eine Neuregelung über den britischen Beitrag überflüssig wird, eben auf eine solche Regelung über den Beitrag mehrerer Mitgliedstaaten hinauszulaufen droht!

Obwohl Parlamentarier; gerade wenn sie, wie die europäischen Abgeordneten, keiner Regierung gegenüberstehen, ihrer Natur nach zur Kritik an den Exekutiven neigen - da wir in der Gemeinschaft oft zwei Exekutiven zugleich haben, ist Gelegenheit dazu reichlich vorhanden -, scheint es mir nicht angebracht, bei einem derartigen Jubiläum nur Kritik zu üben. Die Gemeinschaft hat ihren Bürgern einiges gebracht. Ohne die Zollunion und die Wettbewerbspolitik wäre die historisch einzigartige Entwicklung des Wohlstands in den Ländern der EG seit 1957 nur schwer zu erklären. Die Agrarpolitik, die jetzt so dringend eine Reform nötig hat, wirkte sich entscheidend aus bei der Modernisierung der landwirtschaftlichen Betriebe und der erheblich reduzierten Abhängigkeit Europas von Schwankungen an den Weltmärkten. Jaunde und vor allem die beiden Abkommen von Lomé sind Beispiele für eine Entwicklungszusammenarbeit, an die sich noch keine Großmacht herangewagt hat. Der Gemeinschaft ist es zu danken, daß Europa manchmal außerhalb unseres Kontinents stärker gegenwärtig ist als in den Ländern der EG selbst; allerdings muß man hinzufügen: Allmählich greift die Erkenntnis Raum, daß man die jetzige Wirtschaftskrise besser zu zehnt als allein bewältigen kann. Dieses Moment gilt es auszunützen, um Europa fortzuentwickeln.

Schon die direkten Wahlen zum Europäischen Parlament zwingen zu solcher Fortentwicklung. Schließlich hat seit 1979 der einzelne Wähler eine unmittelbare Verbindung zur Gemeinschaft. Dies hat die Lage qualitativ geändert. Der Rat repräsentiert jetzt in geringerem Maße, das heißt viel weniger direkt als das Europäische Parlament, die Völker Europas. Gute Zusammenarbeit zwischen Rat und Parlament ist deshalb noch notwendiger geworden. Diese Zusammenarbeit kann aber nur gut sein, wenn die Forderungen des Wählers an seine europäische Vertretung vom Rat honoriert werden. Der Rat ist damit aufgerufen, neue Wege zu gehen und die verlorengegangene europäische Verantwortung wiederzufinden. Die europäischen Wahlen zwingen die Mitglieder des Rates mehr als alles andere dazu, wie es in der Präambel des Vertrags heißt, "durch gemeinsames Handeln den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt ihrer Länder zu sichern, indem sie die Europa trennenden Schranken beseitigen".

Nachdem das Vertrauen in die Zunahme des Wohlstands, das die Erbauer Europas 20 Jahre lang frei hat walten lassen, in die Angst um die Erhaltung des Arbeitsplatzes umgeschlagen ist, kann man nicht mehr erwarten, daß die Unfähigkeit der Gemeinschaft, für national unlösbare Probleme europäische Lösungen zu finden, ungestraft bleibt. Die Verkürzung der Arbeitszeit, die Energiepolitik, die industrielle Erneuerung, die weitergehende wirtschaftspolitische Koordinierung, die Umstrukturierung bestimmter Industrie-sektoren - auf diesen Gebieten wird das 1984 Erreichte darüber entscheiden, ob noch eine Mehrheit der Wähler nicht nur am Europäischen Parlament, sondern auch an der Gemeinschaft Interesse haben. Der Erfolg erscheint im Augenblick nicht gesichert. Die Gemeinschaft ist zu wichtig, um eine Ablehnung riskieren zu können. Information über die Bedeutung der Gemeinschaft kann hier helfen, entscheidend bleibt aber, daß 270 Millionen Europäer ihre wirtschaftliche und soziale Perspektive an die Existenz der Gemeinschaft knüpfen. Wie soll diese Perspektive dargeboten werden? Der Ministerrat ist noch nicht weit gekommen. Ich frage mich, ob nicht in informellerem Rahmen unter Mitwirkung von Arbeitgebern und Arbeitnehmer der Weg vorgezeichnet werden muß, der dann 1983 in einem neuen Messing endgültig festzulegen ist. Die Gemeinschaft ist zu wichtig, um nicht regiert zu werden. Unsere Vorgänger des Jahres 1957 und der Jahre danach haben gezeigt, daß die Perspektive aufgezeigt werden kann, wenn der Wille dazu vorhanden ist. Die Probleme von 1982 wiegen schwer genug, um den Versuch zu wagen, den notwendigen politischen Willen erneut zu mobilisieren.

(-/1.4.1982/hi/ca)

